Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim., Universitätsstr. 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 37. Donnerstag den 6. Februar 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Der officielle **Anfang** der diesjährigen **Ostermesse** fällt auf den **21. April** und es **endigt** dieselbe mit dem **10. Mai.**

Während dieser drei Wochen können alle **in- und ausländischen** Handelsleute, Fabrikanten und Gewerbetreibende ihre Waaren hier öffentlich feilbieten, doch darf der **Großhandel** in der bisher üblichen Weise bereits in der zum Auspacken bestimmten **Vorwoche vom 14. April** an betrieben werden.

Das **Auspacken** der Waaren ist den Inhabern der Meßlocale in den Häusern ebenso wie den in Buden und auf Ständen feilhaltenden Verkäufern in der Woche vor der Böttcherwoche gestattet.

Zum **Einpacken** ist das Offenhalten der Meßlocale **in den Häusern** auch in der Woche nach der Zahlwoche erlaubt.

Jede **frühere Eröffnung,** sowie jedes längere Offenhalten eines solchen Verkaufslocales, ebenso das **vorzeitige Auspacken** an den Ständen und in den Buden wird, außer der **sofortigen Schließung,** jedesmal, selbst bei der ersten Zuwiderhandlung, mit einer Geldstrafe bis zu **75 Mark** oder entsprechender Haft geahndet werden.

Auswärtigen Spediteuren ist von der hauptzollamtlichen Lösung des Waarenverschlusses an bis mit Ende der Woche nach der Zahlwoche das Speditionsgeschäft hier gestattet.

Leipzig, den 1. Februar 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hennig.

Bekanntmachung.

Die **Meßbörse für die Lederindustrie** in nächster Ostermesse wird

Dienstag, den 15. April 1890,

Nachmittags von 2—4 Uhr im Saale der **„Neuen Börse“** hier abgehalten werden.

Leipzig, den 1. Februar 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Tröndlin. Hennig.

Nutzholzauction.

Donnerstag, den **13. Februar ds. Js.,** sollen von Vormittags 9 Uhr an auf dem diesjährigen Schlage im **Rosenthale,** dicht an der **Friedenseiche,**

ca. 30 St.	Eichen-Nutzklötze	v. 31—102 cm	Mittenst.	u. 2—8 m	2.
„ 42 „	Buchen-	„ 21—54 „	„	„ 2—6 „	„
„ 13 „	Rüstern-	„ 27—69 „	„	„ 3—11 „	„
„ 10 „	Maßholder	„ 29—48 „	„	„ 3—5 „	„
„ 2 „	Eschen-	„ 19—22 „	„	„ 6—8 „	„
„ 1 „	Linden-Nutzklotz	„ 44	„	„ 9 „	„
„ 1 „	Apfelbaum-	„ 23	„	„ 3 „	„
„ 30 „	Ellern-Nutzklötze	„ 18—30 „	„	„ 6—12 „	„

sowie

5 Stück Schirrhölzer

unter den im Termin öffentlich aushängenden Bedingungen und der üblichen Anzahlung an Ort und Stelle meistbietend verkauft werden.

Zusammenkunft: auf obigem Schlage.

Leipzig, am 4. Februar 1890.

Des Raths Forstdeputation.

Gesucht

wird der am 14. Januar 1852 geborene Handarbeiter

Friedrich Gustav Zieger, genannt Pieler,

welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Es wird ersucht, den Genannten im Falle seines Betreffens uns zuzuführen.

Leipzig, am 28. Januar 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armenamt.)
A. R. IVa. 67. Ludwig-Wolf. Rch.

Gefunden

oder als herrenlos angemeldet, resp. abgegeben wurden in der Zeit vom 1. bis 31. Januar 1890 folgende, zum Theil auch von früher verübten Diebstählen herrührende Gegenstände:

eine silberne Cylinder-Remontoir-Uhr, eine Cylinderuhr mit vernickeltem Deckel, verschiedene Ringe, darunter ein Haarring, einige Armbänder, — zwei goldene, ein silbernes —, zwei Brillen, ein goldener Klemmer, ein Buch — Gedichte von Claudius —, drei Bände Reuter's Werke: „Schurr-Murr“ und „Olle Kamellen“, 1. und II. Theil, einige Bauzeichnungen, ein Cigarren-Etui, mehrere weiße Sopha-Deckchen, ein Packet mit Kleiderzeug und Barchent, ein Packet rother Atlas, ca. 40 m haltend, ein Corset, zwei Umschlagetücher, eine Pelzmanschette, eine Pelzboa, ein alter Winterüberzieher, mehrere graue bezw. braune Herren-Filzhüte, ein Chapeau claque, eine blaue neue Mannsschürze, mehrere Pelz- und andere Muffe (zum Theil schon im December 1889 gefunden), drei Pferdedecken, eine Rolle neues Tragband; drei Löffel, drei Messer und drei Gabeln; ein Handkorb mit Tischzeichen, drei Milchkrüge von verschiedener Größe, 13 Stück niedrige vernickelte Handleuchter, ein Messing-Thürgriff, eine große grauleinene Wagenplane, ein Rohrstuhl, fünf eiserne Gewichte, ein eiserner Wagentritt, ein dreirädriger Kinderwagen, ca. 10 Kilo altes Zinkblech, eine Anzahl Bruchband-Federn, ein Hebekorb mit einer größeren Partie Brezeln, mehrere Schirme und Spazierstöcke, mehrere Portemonnaies mit Beträgen bis zu **9 ℳ 52 ₰,** einzelne Geldbeträge von **5, 10 und 20 ℳ** (letzterer Betrag bereits im Juli 1889 gefunden), eine Anzahl ungestempelter Briefmarken im Werthe von 10 ℳ, endlich ein Leihhausschein.

Die unbekannten Eigenthümer dieser Gegenstände werden hierdurch aufgefordert, sich zur Empfangnahme derselben in unserem Commissariat rechtzeitig zu melden, andernfalls darüber nach §. 239 des B. G.-B. anderweit verfügt werden wird.

Gleichzeitig fordern wir auch Diejenigen, welche im vierten Quartale 1888 Fundgegenstände bei uns abgegeben haben, deren Eigenthümer nicht zu ermitteln gewesen sind, auf, diese Gegenstände zurückzufordern, andernfalls auch hierüber den Rechten gemäß verfügt werden wird.

Leipzig, den 1. Februar 1890.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. Bl.

Bau-Areal,

in nächster Nähe des **Bahnhofs** und der **Harthwaldung** schön gelegen, hat billig zu verkaufen **der Gemeinderath zu Zwenkau.**

Fernsprechverbindung mit Dresden.

Bereits im Jahre 1884 war die Herstellung einer Fernsprechverbindung mit **Dresden** in Aussicht genommen, doch wurde die Absicht damals wegen ungenügender Betheiligung fallen gelassen. Seitdem ist die Erkenntniß von dem Werthe dieses Verkehrsmittels in immer weitere Kreise gedrungen, und es läßt sich erwarten, daß die Bedürfnißfrage jetzt einer anderen Auffassung begegnen wird. Um aber die gutachtliche Aeußerung, welche der Kaiserliche Herr Ober-Post-Director in dieser Hinsicht von uns erfordert hat, mit größerer Sicherheit geben zu können, ersuchen wir alle diejenigen Firmen, welche eine solche Verbindung voraussichtlich in stärkerem Maße benutzen würden, eine schriftliche Mittheilung darüber baldmöglichst und längstens

bis zum 10. d. M.

an unsere Kanzlei, Neue Börse, Tr. A, I, gelangen zu lassen.

Leipzig, den 5. Februar 1890.

Die Handelskammer.
A. Thieme, stellvertr. Vorsitzender. Dr. Gensel, S.

Oberst Stoffel und seine Landsleute.

Eine Haupteigenschaft der Franzosen ist die Eitelkeit. Sie haben sowohl als Nation wie als Individuen das Streben, eine Rolle zu spielen, in höherem Grade als andere Völker, und demgemäß sind auch ihre Handlungen zu beurtheilen. Oberst Stoffel hat vor 20 Jahren insofern eine Rolle gespielt, als er die militairische Leistungsfähigkeit Deutschlands rechtzeitig erkannt und gewürdigt und deshalb von dem Kriege als einem gefährlichen Unternehmen abgerathen hatte. Diese Rolle war aber nicht nach dem Geschmack der Franzosen, denn sie muthete ihnen die richtige Schätzung einer andern Nation zu, über welcher sie sich erhaben fühlten, Mäßigung zu einer Zeit, da bei ihnen die Leidenschaft die Herrschaft gewonnen hatte. Das war zu viel verlangt, und deshalb war auch die militairische Laufbahn Stoffel's mit seinen Berichten, die er aus Berlin erstattet hatte, abgeschlossen. Solche Leute, die dem Feinde Gerechtigkeit widerfahren lassen, kann man in der französischen Armee nicht brauchen.

Stoffel fühlte aber das Bedürfniß, sich seinen Landsleuten ins Gedächtniß zurückzurufen, und aus diesem Grunde schrieb er eine Broschüre, durch welche er sich vollends um allen Credit gebracht hat. Denn er wagte es, die Möglichkeit einer Abwehr gegen die slawische Ueberschwemmung Europas anzudeuten und damit dem einzigen Freunde, auf welchen Frankreich Werth legt, zu nahe zu treten. Was hilft es ihm, daß er als Vorbedingung der Versöhnung mit Deutschland die Rückgabe von Elsaß-Lothringen verlangt, die ist ohnehin Glaubenssatz in dem politischen Katechismus der Franzosen. Aber die verlorenen Provinzen will man ja eben mit Hülfe Rußlands zurückgewinnen, und da kommt der ungeschlachte Stoffel und stößt den besten und einzigen Freund Frankreichs mit seiner Warnung vor der slawischen Ueberschwemmung vor den Kopf. Das mußte in Frankreich allgemeine Entrüstung erregen und hat sie auch erregt. Eigentlich ist das Verlangen nach Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich eine so alte abgedroschene Melodie, daß wir eine gewisse Scheu davor empfanden, unsere Leser damit zu behelligen, aber das täppische Zugreifen Stoffel's nach diesem abgestandenen Stoff hat Kreise gezogen, die weit über das Verdienst des Verfassers der Broschüre hinausgehen, der Mangel an sonstigen interessanten Begebenheiten auf dem Welttheater hat ihm gute Dienste geleistet, die öffentliche Aufmerksamkeit hat sich ihm zugewendet und uns dadurch genöthigt, ihm wider Willen auch unsere Beachtung zu schenken.

Es hilft der französischen Regierung nicht, daß sie seit längerer Zeit bemüht gewesen ist, dem Friedensgedanken in Frankreich eine Stätte zu bereiten, daß sie die Weltausstellung als Grundlage für eine Periode der friedlichen Arbeit benutzt hat, die alten eingewurzelten Eigenschaften der französischen Nation lassen sich durch freundliches Zureden und begütigende Worte nicht ausrotten. Herr Stoffel hat dem eine Zeit lang still gewesenen Chauvinismus die Sprache wiedergegeben. Herr Haußmann erklärt, daß der Rhein die natürliche Grenze zwischen zwei Völkern sei, welche dazu geschaffen seien, mit einander auf allen Gebieten menschlicher Thätigkeit zu wetteifern. Die „Republique Française“, deren Chefredacteur Reinach überhaupt die Nachfolge Gambetta's für sich in Anspruch nimmt, faßt die Sache praktischer auf, sie sagt: „Die einzige Politik ist viel Lebel-Gewehre, viele entschlossene Soldaten, das Uebrige kommt von selbst.“

Deutlicher kann man sich nicht ausdrücken, das ist die nackte Kriegsdrohung an Deutschland, verbrämt mit einigen für die französische Eitelkeit unentbehrlichen Floskeln des Inhalts, daß die Allianz mit Rußland zwar sehr schön und gut und einer der Hauptfactoren der europäischen Politik sei, daß aber die Nationen ebenso wenig wie die Individuen eines gewissen Stolzes entbehren könnten und daß es unwürdig und ungeschickt sei, sich mit zu großem Eifer Rußland an den Hals zu werfen, womit in erster Linie die neuliche Kundgebung im Theater in Nizza gemeint ist. Fürst Bismarck hat den Standpunct der Franzosen in seiner berühmten Rede vom 11. Januar 1887 so treffend gekennzeichnet, daß dem nichts hinzuzufügen ist: „Wenn die Franzosen die Ueberzeugung gewonnen haben, daß sie uns in militairischer Beziehung überlegen sind, sei es durch die Zahl der Soldaten, sei es durch die Art der Bewaffnung, dann werden sie unfehlbar losschlagen.“ Daran kann keine friedliche Versicherung des Präsidenten Carnot und seiner Minister etwas ändern. „Viel Lebelgewehre und viele entschlossene Soldaten“ erwidert darauf die „Republique Française“, und hat damit nur ausgesprochen, was die Mehrzahl der Franzosen denkt. Damit steht auch nicht in Widerspruch, daß es in Frankreich viele arbeitsame und friedliebende Leute giebt, die bemüht sind, die eigene Existenz und die ihrer Familie für Gegenwart und Zukunft sicher zu stellen, denn nach deren Auffassung bringt der Krieg keine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung der Lage des Ganzen und der einzelnen Individuen. Daß Frankreich in einem neuen Kriege besiegt werden könnte, ist nach französischer Auffassung ganz unmöglich. Wenn die französischen Steuerzahler das glaubten, würden sie ja nicht bereitwillig jedes Opfer für die Vergrößerung und die Verbesserung der Armee bringen, was man von ihnen verlangt.

Wir haben es mit Genugthuung seit einem halben Jahre wiederholt ausgesprochen, daß wir den europäischen Frieden vorläufig für gesichert halten, wir halten auch heute noch an dieser Ueberzeugung fest, aber wir möchten doch andererseits vor allzu großer Vertrauensseligkeit warnen. Der europäische Friede hängt wesentlich davon ab, daß Deutschland nach wie vor kriegsbereit ist im ganzen Sinne des Wortes und daß seine innere Entwickelung sich in Ordnung und unter Herrschaft des Gesetzes vollzieht. Unsere Zeit ist nicht dazu angethan, zu Experimenten auf diesem oder jenem Gebiet der staatlichen Entwickelung zu verleiten, wie sie der freisinnige Wahlaufruf in Vorschlag bringt, insbesondere zur Einführung der zweijährigen Dienstzeit oder zur Freigabe der socialistischen Agitation durch Beseitigung der seit dem Jahre 1878 dagegen aufgerichteten Schranken. Die Bewegung, welche die Stoffel'sche Broschüre in Frankreich erzeugt hat, muß uns daran erinnern, mit welcher Aufmerksamkeit die Franzosen Alles verfolgen, was bei uns geschieht. Wehe, wenn irgend etwas ihnen so erschiene, daß dadurch unsere Kraft und unsere Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wäre, sie würden keinen Augenblick zögern, daraus für ihre Zwecke Capital zu schlagen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß es nicht entscheidend ist für die Entschlüsse der Franzosen, was ist, sondern schon das, was scheint. Jeder Zweifel an der Unversehrtheit unserer Widerstandsfähigkeit würde ihnen schon genügen, die Leidenschaften zu entfesseln und sich in die gefährlichsten Abenteuer zu stürzen. Man beurtheilt Andere immer nach den eigenen Gedanken und Empfindungen, und deshalb haben die Franzosen zu der Zeit der boulangistischen Verwirrung die größte Angst gehabt, daß Deutschland daraus Nutzen ziehen und einen Streit mit Frankreich vom Zaune brechen würde. Die Niederwerfung der boulangistischen Bewegung hatte für Frankreich in erster Linie die Bedeutung einer rettenden That dem Auslande gegenüber, Frankreich gewann dadurch an Zuversicht auf die eigene Kraft. Von dieser zur Ausbeutung einer bei dem gehaßten Nachbar vermutheten Schwächung ist nur ein Schritt. Die Franzosen folgen der deutschen Wahlbewegung mit gespannter Erwartung, ein Sieg der Oppositionsparteien über das Cartel würde ihnen als eine sehr wünschenswerthe Einleitung zu dem Zukunftskriege erscheinen, den sie, wenn es bei ihnen stände, eher heute als morgen beginnen würden.

Leipzig, 6. Februar.

* Vor Kurzem ging durch einen Theil der Presse die bestimmt auftretende Meldung, daß Kaiser Wilhelm II. die Absicht kundgegeben habe, in den Einrichtungen und Gebräuchen des Officiercorps bei der Beilegung von Ehrenhändeln durchgreifende Veränderungen eintreten zu lassen. Insbesondere wurde behauptet, daß die Theilnahme an einem Zweikampfe mit starken militairischen Strafen belegt, eventuell sogar mit der Entlassung aus dem Armeeverbande geahndet werden solle. In militairischen Kreisen ist hiervon nach Erkundigungen der „Allgemeinen Zeitung“ nichts bekannt und es bestehe kein Anhalt dafür, daß der Kaiser damit umgehe, die in Uebung befindlichen Grundsätze umzustoßen. Im Gegentheil beweist der letzte Empfang der Abiturienten der Haupt-Cadettenanstalt, daß der Kaiser an der Gewohnheit festhält, den Cadetten beim Uebertritt in die Armee die vom Kaiser Wilhelm I. gegebenen Vorschriften über die Pflichten eines pflichttreuen und ehrliebenden Officiers einschärfen zu lassen. Diese Vorschriften verurtheilen zwar die Händelsucht scharf, lassen aber auch dem Austragen schwerer Ehrenkränkungen mit der Waffe Raum. Daß der Kaiser Alles, was man mit Recht als Duell-Unfug bezeichnen könnte, nicht fördern, sondern beseitigen würde, versteht sich von selbst.

* Die dritte Ausgabe des „Deutschen Arzneibuches“ ist, der „Apotheker-Zeitung“ zufolge, nunmehr dem Bundesrathe vorgelegt worden.

* Der neue preußische Handelsminister Freiherr v. Berlepsch hat an die Bewohner der Rheinprovinz folgende Abschiedsworte gerichtet:

„Nachdem Seine Majestät der König Allergnädigst geruht haben, mich zum Minister für Handel und Gewerbe zu ernennen, habe ich das Amt eines Oberpräsidenten der Rheinprovinz niedergelegt und verlasse die Provinz. Bei der Kürze der Zeit, während welcher ich als Oberpräsident an der Spitze der Verwaltung derselben stand, ist es mir nicht vergönnt gewesen, durch die That zu beweisen, wie gern ich bereit gewesen wäre, alle meine Kräfte ihrem geistigen und materiellen Wohle zu widmen, wie gern ich in Treue mit den rheinischen Männern zum Besten ihrer schönen Heimathsprovinz lange Jahre gearbeitet hätte. Wenn ich trotzdem die Bewohner der Rheinprovinz bitte, mir ein freundliches Andenken zu bewahren, so ermuthigen mich hierzu die vielfachen Beweise von wohlwollender Gesinnung und Vertrauen, die mir während einer achtjährigen Thätigkeit in zwei Bezirken der Provinz zu Theil geworden und die mir auch in neuester Zeit aus Anlaß meiner Abberufung zugehen. Ich spreche für sie meinen aufrichtigen und ergebenen Dank aus. Gottes Segen sei und bleibe mit der Rheinprovinz. Ich werde die glückliche Zeit, die ich in und mit ihr verlebte, nie vergessen und, so weit ich dazu im Stande bin, auch künftig mit warmem Herzen bestrebt sein, ihr zu nützen. Coblenz, den 1. Februar 1890. Frhr. v. Berlepsch.“

* Der alljährlich im Auftrage der nationalliberalen Partei herausgegebene eingehende Bericht über die Reichsgesetzgebung ist auch für die soeben abgelaufene fünfte Session der siebenten Legislaturperiode wieder erschienen und vom Centralbureau der nationalliberalen Partei (Berlin W, Köthenerstraße 46) zu beziehen. Ebendaselbst sind auch die Berichte über die vorangegangenen Sessionen noch zu beziehen. Im Wahlkampf werden diese Gesetzgebungsberichte gute Dienste zu leisten vermögen.

* Aus Gera wird uns unterm 4. Februar geschrieben: Die heutige Sitzung des Landtages für das Fürstenthum Reuß jüngerer Linie wurde um 10 Uhr von dem Präsidenten Fürbringer eröffnet, und an derselben nahmen Staatsminister Dr. von Beulwitz, Geh. Staatsrath Dr. Vollert und Staatsrath Dr. Engelhardt theil. Nach langer Berathung wurde der Entwurf für eine neue Kirchenvorstandsordnung einem Ausschuß ad hoc überwiesen. Die Wahl desselben soll in der nächsten Sitzung erfolgen. Die Vorlage über den Verkauf einer Parcelle eines staatsfiscalischen Grundstückes gelangt zur Ueberweisung an den Finanzausschuß. Die Petition des Fabrikanten J. Beck in Lemnitzhammer und Genossen über die projectirte Haltestelle Lemnitzhammer kann keine Berücksichtigung finden, weil der Bahnbau Triptis-Lobenstein-Blankenstein eine Verzögerung erfahren könnte. Von Seiten des Staatsministers und des Abgeordneten Dr. Jäger werden die Gründe näher dargelegt, die für Abweisung des Gesuches maßgebend sind. Ueber die allgemeinen Grundsätze des neuen Gesetzes über den Civilstaatsdienst wird nicht debattirt, sondern es erfolgt sofort die Ueberweisung an den Justizausschuß. Der Gemeinde Zwötzen bei Gera werden 5000 ℳ Staatszuschuß zum Schulhausneubau gewährt. Der Entwurf einer landesherrlichen Verordnung zur Ausführung des §. 79 des Reichsgesetzes vom 1. Mai 1889 über die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften findet im Wortlaute Annahme. Nach dem Berichte des Finanzausschusses bewilligt man das Gesuch des Gabelsbergerischen Stenographenvereins zu Lobenstein um Gewährung einer Staatssubvention von 600 ℳ für die Finanzperiode 1890/92 und die Regierungsvorlage über die Ausdehnung des der Lebensversicherungsgesellschaft zu Lobenstein seither bewilligten Zinsnachlasses für den Kaufpreis des ehemaligen Marstallgebäudes auf weitere fünf Jahre.

* In der Dienstags-Sitzung des elsässisch-lothringischen Landesausschusses fand die erste Lesung des Etats statt. Unterstaatssecretair v. Schraut gab im Einzelnen eine Darlegung der günstigen Finanzlage, wies auf den hochbefriedigenden, theilweise glänzenden Stand der Industrie hin und gab dem Wunsche Ausdruck, daß in der gegenwärtigen Tagung eine Verständigung über die Canalfrage erreicht werden möchte. In Bezug auf die Erhöhung der Beamtenbesoldung werde das Reichsland dem Vorgehen im Reiche und in Preußen folgen. Die Abgeordneten Dr. Petri, Baron Zorn von Bulach (Sohn) und Andere besprachen den Etat und richteten an die Regierung Anfragen wegen des Paßzwanges. Unterstaatssecretair von Köller antwortete, die Paßmaßregel sei allerdings eine harte, aber nothwendige; sie werde jedoch mit möglichster Milde ausgeführt; der Staatssecretair warnte vor Uebertreibungen in den Klagen über Härte, welche nur schaden könnten, und protestirte auf das Bestimmteste gegen allgemein gehaltene Beschwerden über die Beamten ohne Nennung von Namen; er sei gern bereit, jede gerechtfertigte Klage entgegenzunehmen.

* * *

* Die Russificirung der Ostseeländer wird von der russischen Regierung mit unerbittlicher Standhaftigkeit durchgeführt. Jetzt kommt die Reihe an den Grundbesitz in Kurland, Esthland und Livland; wie der „Daily News“ aus Petersburg gemeldet wird, soll die russische Regierung nunmehr beabsichtigen, die deutschen Grundbesitzer jener Länder nach dem Principe der „obligatorischen Ablösung“ außer Besitz zu setzen. Klar ausgedrückt: die Besitzer müssen innerhalb einer bestimmten Frist verkauft haben oder sie werden verkauft.

* Die „Berliner Politischen Nachrichten“ schreiben (wie bereits gestern telegraphisch erwähnt) officiös:

Die „Autorité“ theilt aus einer neuen französischen Publication „Souvenirs intimes de la Cour des Tuileries“ einige auf den Krieg 1870 bezügliche Stellen mit, welche insofern von Interesse sind, als sie einen Maßstab dafür geben, welchen Unsinn das französische Leserpublicum sich bieten läßt und bereitwillig hinunterschluckt. In dem Auszuge heißt es, Graf Schleinitz habe im Jahre 1868 auf einem Diner, welches er zu Ehren einer Gräfin Pourtalès gegeben, letzterer ihre Vorliebe für Paris vorgeworfen und sein Bedauern ausgesprochen, daß sie nicht Berlin zum Wohnort wähle. Als die Gräfin in ihrer Erwiderung geltend machte, sie sei Elsässerin, habe der Gastgeber ausgerufen: „Wohlan, da Sie nicht zu uns zurückkehren wollen, werden wir das schöne Elsaß zurücknehmen müssen. Bevor 18 Monate vergangen sind, wird Elsaß eine preußische Provinz sein, und dann werden wir Sie mit derselben haben.“

Die „Autorité“ will jedenfalls dadurch den Beweis liefern, daß Deutschland schon lange vor dem Jahre 1870 zu dem Kriege mit Frankreich entschlossen war. Das Argument, dessen sie sich zu diesem Zweck bedient, konnte kaum unglücklicher gewählt werden; denn zu den eifrigsten Gegnern der Politik des Kanzlers im Jahre 1870 und des Krieges mit Frankreich gehörte Graf Schleinitz; er wollte den Frieden auch unter unmöglichen Bedingungen aufrecht erhalten.

Die „Autorité“ erzählt dann weiter, im September 1869 sei der damalige französische Militairattaché Oberst Stoffel von dem Könige zu den Manövern des ersten (!) Armeecorps nach Pommern eingeladen worden. In Stettin sei er an seiner Uniform erkannt worden, man habe seinen Wagen umringt und denselben mit Steinen und Koth beworfen. „Franzosenhund!“ schrie man ihm zu und überhäufte ihn mit groben Injurien. Herr Stoffel wollte den Vorfall nicht aufbauschen und schützte dringende Geschäfte vor; er bat den König, ihn zu entschuldigen und zog sich sofort zurück.“ — Die Wahrheit ist, daß Herr Stoffel in Pommern in der liebenswürdigsten Weise aufgenommen worden ist. Nach Beendigung der Manöver, welche bei Stargard stattfanden, folgte er einer Einladung des Fürsten Bismarck nach Varzin und verweilte dort mehrere Tage als Gast des Kanzlers. Erst von dort aus ist er nach Berlin zurückgekehrt, und zwar, wie er seiner Umgebung gegenüber hervorhob, mit den angenehmsten Eindrücken von Pommern und seinen Bewohnern. — Wir könnten der „Autorité“ verschiedene Zeugen dafür anführen; indeß wir haben nicht das Bedürfniß, das genannte Blatt zu belehren, sondern nehmen von seinen Expectorationen, wie gesagt, nur Notiz, um einen Begriff davon zu geben, was man Alles einem Pariser Leser aufbinden kann.

* Zur französischen Ministerkrisis wird der „Vossischen Zeitung“ aus Paris, 2. Februar, geschrieben:

Wenn man den allseitigen Versicherungen Glauben schenken soll, so ist die seit einiger Zeit im Geheimen bestehende Cabinetskrise nunmehr offen ausgebrochen. Unsofähr alle Minister glauben Grund zu irgend einer besonderen Beschwerde zu haben und drohen mit dem Rücktritte. Herr Rouvier, der Finanzminister, will gehen, weil die Mehrheit des Cabinets die Urheber des Kupferringes strafrechtlich verfolgen lassen will. Herr Thévenet, der Justizminister, der diese Verfolgung nachdrücklichst befürwortet, ist aber auch nicht zufrieden, weil seine Anträge nicht im vollen Umfange angenommen worden sind. Herr Spuller, der Minister des Auswärtigen, ärgert sich wüthend über den Verdächtigungs- und Verleumdungsfeldzug, den die Zeitungen der Boulangisten und Monarchisten gegen ihn eröffnet haben. Er findet, daß die Kammermehrheit und seine Minister-Collegen ihn nicht genügend schützen, und er droht, sein Portefeuille auf den Tisch zu werfen. Herr Constans, der Minister des Innern, hat andere Beschwerden. Er ist vorgestern auf zwei oder drei Tage nach dem Süden gereist. Kaum hatte er Paris den Rücken gewendet, als der Ministerpräsident Herr Tirard an den Polizeipräfecten und Director der öffentlichen Sicherheit amtliche Briefe schrieb, in welchen er ihnen zu verstehen gab, daß sie bisher nicht genügend über die öffentliche Ruhe gewacht hätten, und sie aufforderte, künftig nicht mehr solche Auftritte zu dulden, wie sie in den letzten Tagen wiederholt bei Wählerversammlungen sich zwischen Boulangisten und Republikanern abgespielt haben. Damit nicht zufrieden, brachte Herr Tirard gestern die Angelegenheit auch im Ministerrathe zur Sprache, und zwar in Ausdrücken, die einen scharfen Tadel des abwesenden Herrn Constans in sich schlossen. Der Ministerpräsident sagte, in Paris herrsche Mord und Todtschlag in öffentlichen Versammlungen, er wundere sich, daß ein derartiges Treiben bisher geduldet worden sei, und habe es für Pflicht gehalten, Weisungen zu erlassen, damit der Unfug sich nicht wiederhole. Man findet allgemein, daß Herr Tirard über seine Befugnisse hinausgegangen sei und in verletzender Weise in den Kreis der Amtspflichten des Herrn Constans eingegriffen habe. Der Minister des Innern wird dies nicht dulden. Er hat auf die Mittheilung von den Schritten des Herrn Tirard sofort die Rückreise angetreten und wird morgen hier erwartet, worauf es zu einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Ministern kommen dürfte. Der Ministerpräsident ist mit seinem Minister des Innern schon seit lange unzufrieden. Herr Constans schreibt sich allein das Verdienst an dem guten Ausfalle der Wahlen zu und leitet daraus den Anspruch auf den vorwiegenden Einfluß im Cabinet ab. Herr Tirard ist aber nicht geneigt, diesen Anspruch anzuerkennen, und glaubt auch, daß sein College seine Rolle bei den Wahlen sehr stark überschätzt. Führt die innere Zwietracht auch zu einer äußeren Auflösung des Cabinets, so wird Herr Carnot wohl Herrn Méline mit der Bildung eines neuen Ministeriums beauftragen, dieser aber den Auftrag schwerlich annehmen. Herr Méline will sich nicht vorzeitig aufbrauchen lassen. Er wartet geduldig seine Zeit ab. Diese